

Staatsräson unter Wasser

Die Bundesregierung hat U-Boot-Verkäufe an Israel vorerst gestoppt. Der Grund: Korruptionsvorwürfe VON RONEN BERGMAN UND HOLGER STARK



Israels Premier Netanjahu inspiziert im September 2014 im Hafen von Haifa ein von ThyssenKrupp geliefertes U-Boot der Dolphin-Klasse

Foto: Kobi Gideon/REX/Action press (S. 4); Grafik: Matthias Schütte für DIE ZEIT (S. 5)

Miki Ganor, der Mann, dessen Machenschaften derzeit den Regierungen in Berlin und Jerusalem zusetzen, macht einen Scherz. Er steht zwischen einem israelischen Regierungsbeamten und einem deutschen Manager von ThyssenKrupp, der Manager lacht, Ganor legt ihm jovial die Hand auf die Schulter, und schon ist der Vertrag über die Lieferung von deutschen Kampfschiffen nach Israel unterzeichnet. Festgehalten ist die Szene auf einer Aufnahme aus dem Mai 2015. Ganor, der Repräsentant von ThyssenKrupp in Israel, tritt als Mann im Hintergrund auf, als Strippenzieher eines Rüstungsdeals von internationaler Bedeutung, das ist die Aussage des Fotos.

Heute wünschen sich die Regierungen in Jerusalem und Berlin, der jetzt 66-jährige Ganor wäre ihnen nie vor die Linse gelaufen. Der Lobbyist befindet sich seit dem Frühsommer in einer Art Sonderhaft der israelischen Generalstaatsanwaltschaft, weil er mit sehr viel Geld hochrangige Regierungsbeamte in Tel Aviv und Jerusalem bestochen haben soll, damit die Waffenexporte zustandekamen, darunter den früheren Marinechef. Zu den Verdächtigen zählt auch ein Cousin des Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Mehr als ein halbes Dutzend Personen befanden sich schon zeitweise in Haft. Es geht um den Kauf von deutschen Korvetten und U-Booten, es geht um mehr als zwei Milliarden Euro und um die Sicherheit des jüdischen Staates. Die Affäre führt ins Herz des deutsch-israelischen Verhältnisses, sie rüttelt an der deutschen Staatsräson und belastet die Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Der Fall bringt nicht nur Netanjahu in Bedrängnis, dessen Rolle undurchsichtig ist. Er stürzt auch die Bundesregierung in ein Dilemma. Sie bezuschusst die Waffenexporte nach Israel mit rund 700 Millionen Euro. Aber kann Berlin Rüstungsgeschäfte passieren lassen, bei denen offenbar in großem Stil bestochen wurde? Wie will das Kanzleramt erklären, dass womöglich deutsches Steuergeld in den Taschen von Vertrauten Netanjahus verschwand? Wie viel Schmiergeld verträgt die deutsch-israelische Freundschaft?

Offiziell wissen die Deutschen nicht, dass Israel die U-Boote atomar aufrüstet

Das Verhältnis zwischen Israel, dem Land der Schoa-Opfer, und Deutschland, dem Land der nationalsozialistischen Täter, ist seit je ein besonderes, und das betrifft auch die Waffenexporte. Israels Sicherheit sei »Teil der Staatsräson« Deutschlands, versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im März 2008 in einer emotionalen Rede vor der Knesset, dem israelischen Parlament. Für Merkel

heißt das: »Die Sicherheit Israels ist für mich als Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.« Ähnlich sah es ihr Vorgänger Gerhard Schröder (SPD), der feststellte: »Ich will ganz unmissverständlich sagen: Israel bekommt das, was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht.«

Diese bedingungslose Solidarität brach sich manchmal an politischen Differenzen, über die Siedlungspolitik etwa und vor allem über das Verhältnis zu den Palästinensern. Die Lieferung schwerer Waffen aber ging unverdrossen weiter, ganz egal, wie sehr die Regierungen miteinander stritten. Nur sollte darüber in der Öffentlichkeit möglichst wenig geredet werden – zu groß ist die Angst im Kanzleramt, dass die Bürger den Export deutschen Kriegsgeräts in die heißeste Krisenregion der Welt nicht befürworten würden.

Darin liegt die eigentliche Gefahr der jetzigen Korruptionsaffäre: dass sie den stillen Konsens der Eliten in Berlin aufbricht und die bedingungslose Solidarität mit Israel infrage stellt.

Denn zur Wahrheit zählt, dass Deutschland nicht nur konventionelle Militärausrüstung liefert, sondern auch schwimmende Präzisionswaffen, denen im Fall der Fälle, einem Atomkrieg, eine entscheidende Rolle zukommt: U-Boote der Dolphin-Klasse, hergestellt in der Howaldtswerke-Deutsche Werft in Kiel, einem Unternehmen, das zum Dax-Konzern ThyssenKrupp gehört.

Die Schiffe sind nicht nur besonders leise und wendig, sodass sie gut in den engen Gewässern an der Mittelmeerküste und im Persischen Golf operieren können. Sie bergen auch ein offenes Geheimnis: Die Israelis bestücken sie mit Atomwaffen.

Für den jüdischen Staat sind die U-Boote eine Art Lebensversicherung. Sie sichern die sogenannte Zweitschlagsfähigkeit, also die Fähigkeit, nach einem nuklearen Angriff oder einem verheerenden konventionellen Vorstoß atomar zurückzuschlagen. Die Kriegsschiffe, sagt der israelische Admiral Avraham Bozer, sollten »garantieren, dass der Feind sich nicht verlockt fühlt, präventiv mit nichtkonventionellen Waffen zuzuschlagen, und doch ungestraft davonkommt«. Und der ehemalige Oberbefehlshaber der israelischen Marine, Ami Ajalon, argumentiert: »Für unser Land war der Kauf der U-Boote die wichtigste strategische Entscheidung.« Kein anderes Land würde den Bedürfnissen der Israelis in dieser delikaten Sache so weit entgegengekommen wie die Bundesrepublik.

Am 30. Januar 1991, kurz nach Beginn des Golfkriegs, versprach die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl (CDU) die Lieferung der ersten beiden Boote, die komplett aus dem deutschen Haushalt bezahlt wurden. 1995 wurde der Vertrag für U-Boot Nummer drei unterzeichnet. Und die rot-grüne Koalition genehmigte 2005 den Export der Dolphins vier und fünf. Offiziell behauptet man im Kanzleramt, bis heute nicht zu

wissen, dass die Israelis die Schiffe mit Atomwaffen bestücken.

Einen maßgeblichen Anteil daran, dass das Geschäft in aller Stille abgewickelt wurde, trägt der israelische Nationalheld Schaike Bareket, ein hochdekorierter Luftwaffensoldat, der seit 1991 als Repräsentant von ThyssenKrupp in Israel wirkte und jahrelang zwischen beiden Ländern pendelte.

In einer ruhigen Seitenstraße, in einem Vorort von Tel Aviv, liegt hinter einer Mauer mit violett leuchtenden Bougainvilleen eine moderne Villa versteckt. Schaike Bareket, 82 Jahre alt, öffnet die Tür und bittet hinein. Über das faltige, sympathische Gesicht huscht ein verschmitztes Lächeln. Das U-Boot-Projekt hat Bareket von Anfang an begleitet. Mal kletterte er in Kiel auf der Werft herum, inmitten der Ingenieure aus Deutschland und Israel. Mal traf ihn das damalige Vorstandsmitglied der ThyssenKrupp Marine Systems, Walter Freitag, in Tel Aviv. Bareket lebte gut von den Provisionen des Konzerns. Und ThyssenKrupp lebte gut von den Kontakten Barekets.

Doch 2009 änderten sich die Spielregeln plötzlich. Freitag hatte sich in Tel Aviv angekündigt, um über weitere U-Boote zu verhandeln. Bareket holte ihn ab und begleitete ihn zu einer Besprechung im israelischen Verteidigungsministerium. Auf einem Parkplatz wurden sie von einem Mitarbeiter des damaligen Marinechefs, eines Vizeadmirals, abgefangen. Der Mitarbeiter zeigte auf Bareket und sagte nach dessen Erinnerung: »Ich möchte nicht, dass Bareket an dem Treffen teilnimmt.«

Er gehe nirgendwohin ohne Bareket, habe Freitag erwidert. Daraufhin habe der Marinemann gedroht: »Dann lässt der Vizeadmiral ausrichten, dass es kein Treffen geben wird.«

Bareket lächelt den Schmerz der Demütigung weg, wenn er heute über die Episode spricht, er sagt: »In dem Moment waren wir so peinlich berührt, dass ich Herrn Freitag gesagt habe, er solle ohne mich zu der Besprechung gehen.«

Laut Bareket führen die Israelis den Thyssen-Vorstand Walter Freitag nach dem Treffen mit dem Vizeadmiral in einer Limousine nach Jerusalem, zu einer Zusammenkunft mit dem damaligen israelischen Finanzminister. Am Abend, bei einem Galadinner in Tel Aviv, saß überraschend auch Miki Ganor mit am Tisch. Beim Essen erfuhr Bareket, was tagsüber besprochen worden war: dass von nun an nicht mehr Bareket, sondern Ganor die Interessen von ThyssenKrupp in Israel vertreten werde, wollten die Deutschen weiter im Geschäft bleiben.

Bei ThyssenKrupp finden sich zu dem Lobbyistenwechsel von 2009 nur wenige Spuren, vielleicht wollte der Konzern es auch nicht so genau wissen. Walter Freitag stand im Ruf, ungerne Mails und nur selten Vermerke zu verfassen, in den Unternehmensakten wird der Wechsel lapidar mit

dem Alter Barekets erklärt, der damals schon über 70 war. Was Ganor, der zwar als junger Mann auf einem israelischen Raketenschiff gedient hatte, danach aber als Handelsvertreter der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft und einer Immobilienfirma wirkte, als offiziellen Vertreter eines Dax-Konzerns qualifizierte, bleibt ThyssenKrupps Geheimnis.

Bislang hatte Ganor Bankkredite und Grundstücke vermittelt. Nun vermittelte er atomwaffenfähige U-Boote in den Nahen Osten.

Dem Lobbyisten Miki Ganor gelang es, die Rüstungsgeschäfte auszuweiten

Im März 2012 unterzeichneten Regierungsvertreter beider Länder in Berlin den Vertrag über die Auslieferung des sechsten U-Bootes, das die Bundesregierung mit 135 Millionen Euro bezuschusst. Und Ganor gelang es, weitere Rüstungsgeschäfte anzubahnen. Etwa zu der Zeit, als der Vertrag über das sechste U-Boot unterschrieben wurde, präsentierte die israelische Regierung eine neue Idee: Würde die Bundesregierung auch den Kauf von vier Korvetten aus Deutschland genehmigen und mitfinanzieren?

Seit Israel im Mittelmeer Gasvorkommen aus dem Meeresboden fördert, ist das Land zwar unabhängig von Gasimporten. Aber die Infrastruktur aus Bohrinseln und Transportschiffen ist verwundbar, sie muss gegen mögliche Angriffe von Hisbollah und Hamas geschützt werden. Dafür sind die Korvetten gedacht, die kampfstärker als jedes Schiff sind, das die Israelis bislang besitzen.

Aus Sicht Netanjahus war Deutschland der perfekte Partner für einen solchen Deal. Deutsche Waffentechnik ist teuer, genießt aber einen guten Ruf. Und die Bundesregierung hatte bereits den Kauf der ersten sechs U-Boote mit mehreren Milliarden Euro gefördert, warum also nicht auch die Korvetten? Sollte der Auftrag an ThyssenKrupp gehen, würde Ganor, der das Geschäft eingefädelt hatte, außerdem eine dicke Provision einstreichen.

Ende 2013 beschloss das israelische Sicherheitskabinett unter Netanjahus Vorsitz, den Auftrag ohne Ausschreibung an ThyssenKrupp zu vergeben – trotz massiver Bedenken des damaligen Verteidigungsministers Mosche Jaalon, der fürchtete, ThyssenKrupp würde ohne Wettbewerb überhöhte Preise in Rechnung stellen.

Doch diesmal reagierten die Deutschen nicht wie erwartet. Anstatt das Geschäft abzunicken, signalisierte Merksels damaliger außenpolitischer Berater Christoph Heugens den Leuten Netanjahus Anfang 2014, dass das Kanzleramt die Zuschüsse für die Korvetten an Wünsche koppelte: Die israelische Regierung sollte ihre Siedlungspolitik mäßigen und den Friedensprozess im Nahen Osten fördern.

In der Bundesregierung war der Vorstoß nicht unumstritten. Man hätte ihn so verstehen können, dass Merksels Satz von der deutschen Staatsdoktrin damit relativiert werden sollte. Schröders Versprechen, dass die Israelis bekommen, was sie brauchen, hätte zwar weiterhin gegolten, aber nicht mehr bedingungslos.

Für die Israelis war die Botschaft aus Berlin klar – und sie reagierten auf ihre Art. Im Mai 2014 entschied ihr Verteidigungsministerium, den ThyssenKrupp zugeordneten Auftrag offiziell auszuschreiben. Das Bieterverfahren sei ein Versuch gewesen, »die Bundesregierung unter Druck zu setzen«, sagt ein damals an dem Vorgang beteiligter Israeli. In einer internen E-Mail frohlockte ein hochrangiger Beamter aus dem israelischen Verteidigungsministerium: »Die Deutschen und ihr israelischer Repräsentant mögen die Idee einer internationalen Ausschreibung überhaupt nicht.« Nun nahmen Rüstungsunternehmen aus mehreren Ländern am Bieterverfahren teil, darunter ein südkoreanisches Konsortium unter Führung von Hyundai, das die Korvetten für 96 Millionen Euro pro Schiff anbot – deutlich billiger als ThyssenKrupp. Würde der Auftrag also doch nicht nach Deutschland gehen?

Ganor, auf den die israelischen Beamten in ihrer internen Mail angespielt hatten, muss damals in Panik verfallen sein. Ihm drohte der Verlust seiner millionenschweren Provision.

Da fügte es sich gut, dass der ThyssenKrupp-Repräsentant für den Korvetten-Deal eine Allianz mit einem Mann eingegangen war, der über allerbesten Zugang zum israelischen Premierminister verfügt: David Schimron, ein Jurist mit randloser Brille, der nicht nur Netanjahus persönlicher Rechtsanwalt und gelegentlicher außenpolitischer Berater ist, sondern auch dessen Cousin.

Seit das Korvetten-Geschäft im Jahr 2012 Konturen angenommen hatte, standen Schimron und Ganor in engem Kontakt. In den Verhandlungen stellte sich Schimron als Ganors Rechtsberater vor, aber mitunter schien er die Rollen zu wechseln. So finden sich in den Akten zu dem Korvetten-Geschäft Vermerke von mindestens vier Situationen, in denen Schimron mitgemischt haben soll, beispielsweise während einer Besprechung Anfang 2015, in der es um Gegenleistungen ging, zu denen sich ThyssenKrupp im Zuge des Korvetten-Deals verpflichten sollte. In welcher Rolle Schimron dabei jeweils auftrat – als Berater Ganors, als Vertrauter des Premierministers oder als dessen Verwandter –, war weder für ThyssenKrupp noch für die deutschen und israelischen Regierungsbeamten leicht auseinanderzuhalten.

Die exzellenten Kontakte zahlten sich aus. Schimron bearbeitete diverse Beamte in Israel. Aktenkundig ist etwa ein Anruf beim Rechtsberater des Verteidigungsministeriums, mit dem

Schimron auf einen Abbruch des öffentlichen Bieterprozesses dränge.

Und als alles nichts fruchtete, schaltete sich Netanjahu höchstpersönlich ein. »Der Premierminister bat mich um ein Gespräch und fragte, warum es eine Ausschreibung gebe«, erzählte der frühere Verteidigungsminister Jaalon vor einigen Monaten einem Vertrauten. »Er forderte mich auf, die Ausschreibung zurückzuziehen.« Der Druck, den Bieterprozess abzubauen, sei damals »auf allen möglichen Kanälen ausgeübt worden«, behauptet Jaalon.

Nach monatelangem Druck von Netanjahus Beratern signalisierte das Kanzleramt schließlich die Bereitschaft, den Export der Korvetten doch finanziell zu unterstützen, auch ohne israelische Zugeständnisse. Und im Oktober 2014 setzte das Sicherheitskabinett in Jerusalem die Ausschreibung aus.

Im Mai 2015 wurde der Vertrag am Rande eines Besuchs von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in Tel Aviv unterzeichnet. Die israelische Regierung muss 430 Millionen Euro für die vier Korvetten zahlen, die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, davon 115 Millionen zu übernehmen. Die Schiffe werden derzeit gebaut.

Miki Ganor sah am Tag der Unterzeichnung sehr glücklich aus. Thyssenkrupp überwies ihm 10,4 Millionen Euro auf die Konten dreier seiner Firmen, weitere knapp zehn Millionen stehen ihm vertraglich noch zu. Der Abschluss hatte ihn zum Multimillionär gemacht, selbst nach Abzug des Schmiergelds, das Ganor den Ermittlungen zufolge verteilt haben soll.

Doch das Korvettengeschäft sollte erst der Auftakt für einen Deal von noch größerer Dimension sein: die Bestellung von drei weiteren deutschen U-Booten der Dolphin-Klasse, Nummer sieben, acht und neun, mit einem Auftragsvolumen von rund zwei Milliarden Euro. Und wieder kam es zum Eklat, weil sich der damalige Verteidigungsminister Jaalon widerspenstig zeigte, und wieder soll geschmiert und bestochen worden sein. »Ich fürchte, dass ich Zeuge eines Korruptionsfalls wurde«, sagt Jaalon. Bei den U-Booten oder bei den Korvetten? »Bei beidem.«

Jaalon empfängt im Norden Tel Avivs im vierten Stock eines Bürogebäudes, hinter der Glastür sitzt ein Wachmann mit einem Knopf im Ohr. Der ehemalige Minister dirigiert von hier aus seine politische Initiative »Eine andere Führung«, er trägt ein kurzärmeliges Hemd, ordert einen Kaffee und erzählt.

Schon das sechste U-Boot, für das der Vertrag 2012 unterzeichnet wurde, sei weder von der Marine noch vom Verteidigungsministerium gewünscht worden, behauptet Jaalon, es sei von Netanjahu persönlich durchgedrückt worden. Lange habe in der Regierung die Position gegolten, dass Israel nur fünf U-Boote brauche. Irgendwann hätten die alten Boote zwar ersetzt werden müssen, »aber noch nicht jetzt«. Jaalon lehnt sich zurück und verschränkt die Arme vor der Brust. Er sagt: »Wir brauchen keine weiteren U-Boote.« So habe er es damals auch Netanjahu mitgeteilt.

Aber der Regierungschef hörte nicht auf seinen Verteidigungsminister, im Gegenteil: Er trieb den Deal hinter dessen Rücken voran. Im Oktober 2015 besuchte Netanjahu Berlin und bat die Kanzlerin um die Lieferung von drei weiteren U-Booten. Merkel signalisierte ihre grundsätzliche Bereitschaft.

Jaalon behauptet, Netanjahu habe das Geschäft sogar noch weiter aufblähen wollen und Merkel um zwei zusätzliche Schiffe zur Abwehr feindlicher U-Boote gebeten. »Es gab keine Diskussion mit mir oder im Verteidigungsministerium, der Marine oder der Armee, und niemand hatte je von der Idee gehört, zusätzlich zwei Anti-U-Boot-Kampfschiffe zu kaufen«, sagt Jaalon. Der Ex-Minister hat sich so in Rage geredet, dass er seine Tasse umstößt und den Kaffee vergießt. »Das alles kam aus heiterem Himmel.«

Wollte der israelische Regierungschef also gegen den Rat seines zuständigen Ministers ein milliardenschweres Rüstungsgeschäft erzwingen, an dem eine Reihe von Regierungsbeamten gut verdienen würde? Der ehemalige Chef der Marine zum Beispiel, dem eine Anklage droht, weil er Bestechungsgeld angenommen haben soll. Oder Netanjahus ehemaliger stellvertretender Sicherheitsberater, der ebenfalls verdächtigt wird, kassiert zu haben. Und natürlich Miki Ganor selbst, dem bei Anbahnung des Geschäfts 0,8 Prozent Provision und bei Abwicklung weitere 1,7 Prozent Provision zustehen, bei einem Auftragswert von rund zwei Milliarden wären das rund 50 Millionen Euro. Einen Teil seiner Provision soll Ganor als Schmiergeld eingesetzt haben, damit das Geschäft zustande kommt. Der deutsche Anteil an den Kosten beträgt 570 Millionen Euro, so hat es Merkel versprochen.

Am 22. Dezember 2015, zwei Monate nach Netanjahus Besuch in Berlin, lud Ganor den deutschen Botschafter in Israel, Clemens von Goetze, zum Mittagessen ein. Man traf sich in einem Tel Aviver Restaurant, anwesend war auch David Schimron, Netanjahus Cousin und Rechtsberater. Bis heute ist unklar, warum sich der deutsche Botschafter mit dem Thyssenkrupp-Vertreter traf und was an dem Tag besprochen wurde. Das Auswärtige Amt räumt das Treffen zwar ein, verweigert aber über die Bestätigung »allgemeiner außen- und innenpolitischer Fragen« hinaus die Auskunft über den Inhalt des Gesprächs. Ging es um die Details des U-Boot-Deals?

Verteidigungsminister Jaalon versuchte zwar, den Kauf der drei Dolphins zu blockieren, hatte aber keinen Erfolg. Netanjahus Reise nach Berlin hatte zu einem hitzigen Zusammenprall zwischen ihm und dem Premierminister geführt, in

dem Netanjahu argumentierte, Merkel werde nach der Bundestagswahl 2017 womöglich keinen Spielraum mehr haben, einen solchen Auftrag durchzuwinken, deshalb müsse er jetzt abgeschlossen werden. Im Übrigen sei dies seine, Netanjahus, Entscheidung, nicht die des Verteidigungsministers. Ein paar Monate später, im Mai 2016, feuerte Netanjahu Jaalon. Danach schien die Unterzeichnung eines neuen Milliarden deals keine Frage mehr des Ob, sondern nur eine Frage des Wann. Bis Ganor in den Fokus der israelischen Generalstaatsanwaltschaft rückte.

Ende vergangenen Jahres begannen die mit den Ermittlungen betrauten Polizisten der Lahav-Einheit 433 damit, Ganor abzufragen und seine E-Mails zu überwachen. Bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmten sie Zehntausende von Dokumenten rund um den Korvetten-Deal. Immobilienhändler, die Ganor aus alten Zeiten kennen, berichten von verzweifelten Versuchen, Miethäuser in Berlin mit großen Summen an Bargeld zu erwerben, nachdem die ersten Details über die Ermittlungen durchgesickert waren.

Ganor habe seine Stellung als Repräsentant von Thyssenkrupp nur durch »unrechtmäßige Intervention von hochrangigen Beamten erlangt«, heißt es im Haftbefehl. Er habe »über Jahre führende Regierungsbeamte bestochen«. Zudem habe Ganor »mit einer weiteren Person konspiriert, die er bezahlte, um die Geschäfte unrechtmäßig voranzutreiben« – gemeint ist Netanjahus Cousin Schimron, dem Ganor eine Provision beim Abschluss des Kaufvertrages für die drei neuen U-Boote versprochen haben soll.

Schimron lässt auf Anfrage mitteilen, er habe ausschließlich als Anwalt Ganors gehandelt, es sei nicht um eine Provision für die U-Boote gegangen. Mit Netanjahu habe er nie über den Kauf der Boote gesprochen, seine Intervention beim Rechtsberater des Verteidigungsministeriums sei kein Interessenkonflikt gewesen. Er habe sich stets an das Gesetz gehalten. In Netanjahus Umfeld heißt es, der Ministerpräsident weise alle Anschuldigungen des Ex-Ministers Jaalon zurück, Netanjahu sei nicht Ziel der staatsanwaltlichen Ermittlungen. Der Premier sei überzeugt davon, dass sich auch »die Vorwürfe gegen Schimron als haltlos erweisen«.

Nach und nach weiteten die Strafverfolger das Verfahren aus. Ganor entschied, die Flucht nach vorne anzutreten – und kooperierte. »Er redet nicht, er singt«, sagt ein mit den Ermittlungen befasster israelischer Beamter. Thyssenkrupp hat nach Angaben eines Sprechers »die Geschäftsbeziehungen zum Vertriebsrepräsentanten Ganor umgehend ausgesetzt und eine interne Untersuchung eingeleitet«. Im Sommer übergab der Dax-Konzern den israelischen Staatsanwälten einen rund 100 Seiten starken Bericht sowie diverse Dokumente.

Bislang hat die Bundeskanzlerin versucht, ihre Haltung zu Israel in zwei Welten aufzuspalten, eine realistische und eine metaphysische. In der ersten, realistischen Welt gibt es die Probleme des Tagesgeschäfts, einen Hardliner Netanjahu etwa, mit dem Merkel eine lange Geschichte von Enttäuschungen verbindet. In der zweiten Welt gilt ihre grenzenlose Solidarität mit Israel, die nichts und niemand infrage stellen kann. Die metaphysische Sichtweise soll durch die realistische nicht beschädigt werden. Aber ist diese Zweiteilung angesichts der Affäre noch möglich?

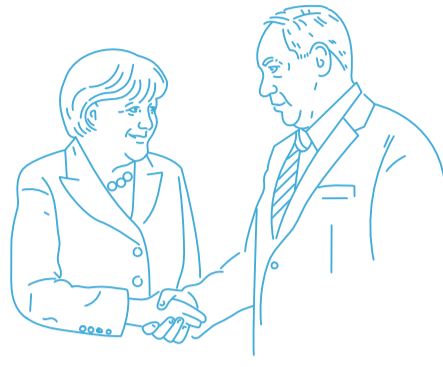
Im Frühjahr, nachdem die ersten Meldungen über den Korruptionsverdacht durchsickerten, hatte das Kanzleramt zunächst gehofft, sich mit einer Vertragsänderung aus der Affäre ziehen zu können. Merkels Leute baten darum, dem zwischen den beiden Staaten ausgehandelten Paragrafenwerk eine Klausel hinzuzufügen, wonach die Bundesregierung das Recht erhält, von der Finanzierung der U-Boote zurückzutreten, sollte sich der Verdacht der Bestechung erhärten. Das Kalkül war klar: Gerichtsverfahren dauern lange, bis zu einer Verurteilung gilt die Unschuldsvermutung. Wer weiß, was in zwei oder drei Jahren alles geschieht.

Dann packte Ganor aus. Sein Geständnis und die Ermittlungen, die wohl in Anklagen und Verurteilungen münden, halten die Kanzlerin in einem kaum lösbaren Dilemma gefangen: Merkel wird der deutschen Öffentlichkeit nur schwer erklären können, warum sie an einem Rüstungsprojekt festhalten will, das mithilfe krimineller Seilschaften zustande kam und bei dem höchstwahrscheinlich deutsches Steuergeld versickerte. Andererseits würde ein Stopp des Deals an der Staatsräson rütteln und ein ganzes Land für die Machenschaften einer kriminellen Clique bestrafen.

Eine neue Bitte aus Jerusalem verkompliziert die Lage noch weiter: Die Israelis haben Thyssenkrupp vor einiger Zeit um eine bauliche

Zwielichtige Verflechtungen

Bei dem Verkauf von U-Booten und Korvetten soll Schmiergeld geflossen sein



Die Regierungschefs: Angela Merkel und Benjamin Netanjahu

Netanjahu bat Merkel um Kriegsschiffe für rund 2,5 Milliarden Euro. Die Waffen seien für die Sicherheit Israels unverzichtbar. Der U-Boot-Verkauf liegt auf Eis.



Der Entscheider: Benjamin Netanjahu

Übergang der Bedenken seines Ministers und entschied sich für Thyssenkrupp.



Der Anwalt: David Schimron

Vertrauter, Berater und Cousin von Netanjahu. Zählt zu den Verdächtigen.



Vorwurf der Korruption



Der Ex-Minister: Mosche Jaalon

Kämpfte gegen den Schiffs-Deal. Gefeuert.



Der Kronzeuge: Miki Ganor

Thyssenkrupp-Repräsentant. Soll geschmiert haben, um Waffen zu verkaufen.

Der Berater paktiert mit dem Lobbyisten

Veränderung von U-Boot Nummer sechs er sucht. Das Unterseeschiff soll gut einen Meter länger ausfallen, als ursprünglich geplant. Aber wofür ist die Modifikation gedacht?

Zwei Erklärungen kommen Experten zufolge infrage: um mehr Besatzungsmitglieder beherbergen zu können. Oder aber, um dem konventionellen U-Boot einen vertikalen Abschusschacht für nuklear bestückte Marschflugkörper hinzuzufügen, den die Israelis nachträglich einbauen, wenn das Boot ausgeliefert ist. Denn bislang müssen die Israelis derartige Trägerraketen mittels eines Hydrauliksystems durch spezielle Torpedorohre im Bug ausstoßen; wesentlich einfacher wäre das Abfeuern von Marschflugkörpern über einen Schacht nach oben. Liefert Deutschland Israel also einen wichtigen Teil der Technologie für Atomwaffen?

Die sozialdemokratischen Bundesminister bestanden darauf, dass der Export des verlängerten U-Bootes nochmals begutachtet werden sollte. Anschließend sollte der Bundessicherheitsrat, der das Geschäft schon vor Jahren genehmigt hatte, abermalig beraten.

Das Kanzleramt beauftragte den Bundesnachrichtendienst mit einem technischen Gutachten, das allerdings wachsende Zweifel auslief: Das in die Länge gezogene Boot könne nicht viel mehr als das, was die alten Boote auch könnten.

Mit dieser Auskunft gaben sich die Sozialdemokraten zufrieden. Am 28. Juni dieses Jahres genehmigte der Bundessicherheitsrat einstimmig den Export von U-Boot Nummer sechs.

Doch seit der Bundestagswahl hat sich das politische Klima im Land verändert. Der Fraktionsvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, stellte Merkels Staatsräson in Sachen Israel gleich am Wahlwochenende infrage. Und wie die FDP auf Rüstungsdeals schaut, ist schwer einzuschätzen.

Intern hatte Merkel deshalb dafür plädiert, das Abkommen für die drei neuen U-Boote noch vor der Bundestagswahl zu unterzeichnen. Aber mit der Ausweitung der Ermittlungen in Israel

wuchs auch das Unbehagen in Berlin. Schließlich verschob das Kanzleramt die für Juli geplante Unterzeichnung. Bislang gibt es keinen neuen Termin. Das Kanzleramt, von der ZEIT um eine Stellungnahme gebeten, lässt mitteilen, mit der finanziellen Beteiligung an den Korvetten bekenne sich Deutschland »unverändert zu seiner besonderen historischen Verantwortung für die Sicherheit des Staates Israel, diese unterliegt keinen Bedingungen«. Zum U-Boot-Deal wollen sich Merkels Leute nicht äußern.

In Israel sind die politischen Verschiebungen sorgenvoll registriert worden. Anfang September besuchte Israels Staatspräsident Reuven Rivlin die Kanzlerin, er wollte eigentlich nur an der Einweihung eines Mahnmals für die Opfer des Olympiaattentates von München 1972 teilnehmen. Aber die Angst, dass die Deutschen den U-Boot-Deal kippen könnten, ließ ihn einen Absteher nach Berlin anhängen.

Merkel empfing Rivlin im achten Stock des Kanzleramtes, im offiziellen Teil des Gesprächs ging es um den Iran. Aber als Merkel und Rivlin auf den Balkon traten und ein paar Minuten unter vier Augen sprachen, soll der Israeli die Bitte seiner Regierung vorgetragen haben, die U-Boote möglichst bald kaufen zu dürfen. Unabhängig von der Parteizugehörigkeit gebe es in Israel mittlerweile die Sichtweise, dass die Schiffe unverzichtbar für die Sicherheit des jüdischen Staates seien, soll Rivlin erläutert haben. Die Korruption, so die israelische Argumentation, stelle nicht die Bedeutung des Geschäftes an sich infrage. Merkel soll versprochen haben, das Thema bald nach der Bundestagswahl anzupacken. Eine Sprecherin Rivlins sagt auf Anfrage, der Staatspräsident habe sich bei der Bundeskanzlerin für ihr Bekenntnis zu Israels Sicherheit über all die Jahre bedankt, auch »in Bezug auf die U-Boote, die einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit des Staates Israels« leisteten.

Während die Kanzlerin noch mit sich ringt, hat Ganor seinen Deal unterzeichnet – mit der Justiz. Er ist zum Kronzeugen geworden, die Absprache sieht vor, dass er für ein Jahr ins Gefängnis gehen und eine Geldstrafe von umgerechnet rund 2,5 Millionen Euro zahlen muss.

Noch bevor die Kanzlerin über die Zukunft des deutsch-israelischen Verhältnisses entschieden hat, könnte daher der Mann, der es so massiv beschädigt hat, bereits wieder in Freiheit sein.

HINTER DER GESCHICHTE

Ronen Bergman und Holger Stark

durften 2012 eines der deutschen U-Boote in Haifa besichtigen. Nachdem es Ende 2016 erste Hinweise auf Korruption gab, sprachen sie in Israel und Deutschland mit aktiven und ehemaligen Regierungsmitgliedern, Beteiligten und Beschuldigten. Die Ergebnisse der Recherche erscheinen nicht nur in der ZEIT, sondern auch in der israelischen Tageszeitung »Yedioth Ahronoth«.

ANZEIGE

MOORER
VERONA
MADE IN ITALY

WWW.MOORER.IT